Abendausgabe

Nr. 608
B 301
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

*

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend
24. Dezember 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Poincaré will 132 Milliarden.

Die Reparationskommission darf das Londoner Ultimatum nicht ändern!

Paris, 24. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Nachtsitzung der Kammer kam es zu einer kurzen bedeutungsvollen Debatte über den Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert. Der Abgeordnete Dubois, der ehemalige langjährige Vorsitzende der Reparationskommission, erklärte, der Vorschlag Gilberts, die Gesamthöhe der deutschen Verpflichtungen festzusetzen, sei unzulässig, denn die Reparationskommission habe diese Schulden bereits am 21. April 1921 auf 132 Milliarden festgesetzt. Der Dawes-Plan habe diese Entscheidung in keiner Weise aufgehoben. Der Antrag Gilberts könne aber zu Mißverständnissen und Mißbräuchen Anlaß geben, eine klare Stellungnahme der französischen Regierung sei daher notwendig.

Poincaré erklärte darauf kurz und bündig: „Die Höhe der deutschen Verpflichtungen ist in der Tat von der Reparationskommission endgültig festgesetzt worden. Die Kommission hat jetzt nicht mehr das Recht, diese Ziffern zu ändern, sie kann die Höhe der Annuitäten oder den Zahlungsplan abändern, nicht aber den Gesamtbetrag." Die Erklärung Poincarés rief bei dem größten Teil der Kammer augenscheinlich große Verblüffung hervor und wurde von der Rechten mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Poincaré fügte jedoch hinzu: Die Regierungen können in gemeinsamer Verständigung den Betrag der deutschen Reparationsschuld ändern.

*

Die Erklärung Poincarés über die deutsche Gesamtschuld an Reparationen betrifft zwar nur juristische Formalitäten, dahinter stecken aber politisch und finanzielle Fragen allerersten Ranges.

Es trifft zu und es muß immer wieder daran erinnert werden, daß der Dawes-Plan nur eine vorläufige Lösung des Reparationsproblems darstellt. 1924 war die Zeit weder reif, den Gesamtbetrag der deutschen Reparationsschulden, noch auch für die Dauer die Zahlungen festzusetzen. Dazu hängt die von Deutschland zu tragende Gesamtschuld zu sehr von der Größe der damals noch erst zum kleinsten Teile vereinbarten Schuldverpflichtungen der europäischen Alliierten untereinander und an Amerika ab. Diese sind nun inzwischen festgelegt worden; von dieser Seite steht einer endgültigen Feststellung der deutschen Gesamtschuld nichts mehr im Wege.

Hingegen ist es richtig, daß die deutsche Gesamtschuld bereits einmal festgesetzt worden ist. Das geschah auf der Londoner Konferenz 1921, wo die Regierung Fehrenbach-Simons unter dem Druck eines Ultimatums gezwungen wurde, eine deutsche Gesamtschuld in Höhe von 132 Milliarden Goldmark anzuerkennen. Diese „Vereinbarung" ist formell bisher nicht aufgehoben worden; formell besteht sie noch. Aber selbst Poincaré wagt nicht zu bestreiten, daß sie revisionsfähig ist.

In der Debatte mit dem früheren Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois erklärte Poincaré also, daß diese Summe von 132 Milliarden durch eine Vereinbarung der Regierungen geändert werden kann. Er erklärt nur, daß die Reparationskommission dazu nicht zuständig sei; diese habe nur die Befugnis, eventuell mit Deutschland über die Art der Tilgung dieser Summe zu verhandeln, diese Summe selbst zu ändern hätte nicht sie das Recht, sondern das sei Aufgabe der Regierungen selber.

Es handelt sich also in der gestrigen Kammersitzung um eine Debatte über eine bloße Zuständigkeitsfrage. Aber mit ihr hat sich Poincaré einen oratorischen Triumph verschafft. Dieser wohl bewußt herbeigeführte rednerische Erfolg entstand daher, daß die Rechte aus seiner Erklärung über die Unzuständigkeit der Reparationskommission, an den 132 Milliarden etwas zu ändern, heraushörte, daß an dieser Summe überhaupt nichts geändert werden dürfe. In dem Orkan des Beifalls ging der dann folgende Satz, daß „nur" die Regierungen dazu das Recht hätten, unter; auch in den meisten nach Deutschland gelangten Kammerberichten fehlt dieser Satz. Politisch gefährlich ist an diesem parlamentarischen Zwischenfall, daß die französische Rechte von neuem in dem Glauben bestätigt wird, daß es über die Gesamtschuld keine Verhandlungen geben dürfe.

Tatsächlich aber bestätigt die gestrige Kammerdebatte von neuem, worum es sich bei zukünftigen Reparationsverhandlungen dreht: um die Revision der Londoner Schuldsumme auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß, also um die Neufestsetzung von Deutschlands Gesamtschuld, oder mit anderen Worten, um die Umwandlung des Dawes-Planes von einer vorläufigen in eine endgültige Regelung.

Von der Weisheit des Gesetzes.

Ein Fall aus der Wirklichkeit.

Unser bürgerliches Recht, in seiner allumfassenden Weisheit und Menschlichkeit, trifft bekanntlich Vorsorge für alle schwierigen Lebenslagen. Nicht zuletzt nimmt es sich des unehelichen Säuglings an und legt dessen Erzeuger die Unterhaltspflicht auf. Was in der Praxis folgendermaßen aussieht:

In dem Oertchen Gustorf (Rheinland) genas vor einigen Jahren die Dienstmagd X. eines Kindes. Vor das Vormundschaftsgericht geladen, bezeichnete sie als ihren Schwängerer den Sohn des Fabrikanten Josef Br. Br. jun. leugnete den Verkehr mit der Kindesmutter nicht, aber er erhob den Einwand der mehreren Beischläfer, bei dessen Gelingen das Gesetz in seiner allumfassenden Weisheit jegliche Verpflichtung des Erzeugers dem Kinde gegenüber aufhebt. Br. brachte zum Termin einen Zeugen mit, den im Hause des Br. sen. zur Miete wohnenden Arbeiter O., der beschwor, beobachtet zu haben, wie die Dienstmagd sich einem Soldaten der französischen Besatzungsarmee hingegeben habe. Infolgedessen wurde die Alimentenklage gegen Br. jun. abgewiesen.

Einige Jahre später aber kam es zu Streitigkeiten zwischen dem Fabrikanten Br. und seinem Mieter O., weil dieser von Br. aus der Wohnung exmittiert werden sollte. Da ging O. zum Gericht und bezichtigte sich selber des Meineides, den er auf Anstiften des Fabrikanten geleistet habe, wofür dieser ihm das dauernde Wohnrecht in seinem Hause als Belohnung verheißen hätte.

Das Gericht, weise wie das Gesetz, verurteilte den O. auf Grund seines glaubhaften Geständnisses wegen Meineides zu einem Jahre Zuchthaus.

Dagegen wurde das Verfahren gegen den Fabrikanten Br. wegen Verleitung zum Meineide rechtskräftig eingestellt, weil gegen sein Leugnen das Zeugnis des O. dem Gericht nicht als ausreichendes Beweismittel erschien. Offenbar hielt es das Gericht für wahrscheinlicher, daß O. aus purer Lust und Liebe zum Meineide in einer ihn gar nichts angehenden Sache falsch geschworen hätte!

Doch damit nicht genug: Auch die Dienstmagd erhielt ein Jahr Zuchthaus wegen Meineides, weil sie ihrerseits beschworen hatte, sich nicht mit einem Soldaten der französischen Besatzungsarmee eingelassen zu haben. — Wie, wird der geneigte Leser fragen, das ist wohl ein Scherz? O. erhält eine Meineidsstrafe, weil er eine angebliche Tatsache beschwört, die Dienstmagd wird bestraft, weil sie die gleiche Tatsache unter Eid abstreitet? — Und doch ist es so. Der Tatbestand war nämlich folgender: Die Dienstmagd hatte sich tatsächlich einmal mit einem französischen Besatzungssoldaten eingelassen, aber O. hatte nicht, wie er das beschworen hatte, diese Szene selber gesehen, sondern sie sich aus Erzählungen Dritter zusammenkomponiert.

Aber wir wollten eigentlich davon reden, wie das Gesetz in seiner erhabenen Weisheit für den Unterhalt eines unschuldigen, neugeborenen Wurmes sorgt, das von seiner eigenen Herkunft nicht die geringste Vorstellung hat. Nun, genügt es denn nicht? Wegen dieses Kindes sind zwei Personen wegen Meineides verurteilt worden; die Mutter hat man ins Zuchthaus gesteckt, den Vater aber, der nach jeder menschlichen Wahrscheinlichkeit den Meineid des Zeugen wenigstens moralisch mitverschuldet haben dürfte, nicht nur außer Verfolgung gesetzt, sondern auch von jeder Verpflichtung dem Kinde gegenüber befreit.

Dank unserer herrlichen Gesetzgebung in Meineid- und Alimentensachen hat das Kind nun weder Vater noch Mutter. Aber dem Recht ist Genüge geschehen, mag das Wurm auch zugrunde gehen. Wer zweifelt noch an der Weisheit unserer Gesetze?

*

Dieser Fall wurde am 13. Dezember im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages verhandelt, der sich trotz allgemeiner menschlicher Empörung der Unabhängigkeit der Gerichte gegenüber für machtlos erklären mußte.

Blockfreundschaften.

Aus Aerger über das Zentrum wählen Deutschnationale einen — Sozialdemokraten.

In Oppeln ist kürzlich der Oberbürgermeister neu gewählt worden. Die Wahl fiel auf den Sozialdemokraten Dr. Berger, bisher Vizepräsident im oberschlesischen Oberpräsidium. Deutschnationale und sämtliche Linksparteien halfen ihm zum Siege, während der Zentrumskandidat durchfiel. Darauf macht die Zentrumspresse den deutschnationalen Blockgenossen Vorwürfe. Aber die Deutschnationale Parteikorrespondenz (TDRZ.) antwortet ihr:

In der Gesamteinstellung aller anderen Parteien gegenüber dem Zentrum sprechen konfessionelle Gründe überhaupt nicht mit. Man hat eben den Versuch der Zentrumspartei vereitelt, ihre mit aller Rücksichtslosigkeit ausgebaute Machtstellung in Oberschlesien noch zu erweitern, zumal das Zentrum unvorsichtigerweise durchblicken ließ, daß es die Ausschreibung des Bürgermeisterpostens als eine Ueberflüssigkeit zu behandeln entschlossen war. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird, die Deutschnationalen als die Hereingefallenen zu bezeichnen, weil Dr. Berger, der Sozialdemokrat ist, angeblich Bindungen eingegangen sei, denen die Deutschnationalen niemals zustimmen könnten, die aber dazu gedient hätten, die Kommunisten dazu zu veranlassen, gleichfalls Dr. Berger zu wählen, so ist demgegenüber festzustellen, daß **Dr. Berger ohne jede, auch nur die geringste Bindung kommunalpolitischer oder sonstiger Art sein Amt antreten wird. Gegen seine Persönlichkeit vermag auch das Zentrum nicht das geringste einzuwenden. . .**

Die Wahl eines Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister in Oppeln freut uns, auch wenn sie mit deutschnationalen Stimmen erfolgte. Sie freut uns um so mehr, als jetzt das offizielle deutschnationale Organ zugestehen muß, daß gegen die Person dieses Sozialdemokraten weder das Zentrum, noch die Deutschnationalen etwas einzuwenden haben. Aber wir zählen die Tage, bis dieses Zugeständnis vergessen sein und die Hetze gegen den „unfähigen roten Oberbürgermeister" wieder begonnen haben wird!

Der Ueberfall im Vorortzug.

Der Räuber verhaftet und geständig.

Noch ehe das Opfer des Ueberfalls im Friedrichshagener Zug das Bewußtsein wiedererlangt hat, ist es der Polizei gelungen, den Täter zu ermitteln und zu verhaften. Der Schuldige ist in vollem Umfange geständig. Den Bericht über seine Vernehmung finden unsere Leser auf der dritten Seite des Blattes.

Der Tod im Bergwerk.

Schlagwetterexplosion bei Dortmund. — Fünf Tote, mehrere Verletzte.

Dortmund, 24. Dezember.

In der letzten Nacht entstand auf der Schachtanlage II der zum Harpener Bergbau gehörenden Zeche Neu-Iserlohn in Lütgen-Dortmund eine örtliche Schlagwetterexplosion. Sie ereignete sich auf der dritten Sohle in der Nähe des Kühlortes im Wetterschacht. Die Frühschicht war des Weihnachtsfestes halber bereits gestern abend um 10 Uhr eingefahren. Durch die Explosion wurden fünf Arbeiter getötet, außerdem ein Mann schwer und einer leicht verletzt. Den vereinten Bemühungen der Rettungsmannschaft gelang es, alle Verunglückten, die sämtlich in Lütgen-Dortmund wohnen, zu bergen. Die Mittagsschicht fuhr heute früh 6 Uhr ein. Die zuständige Bergbehörde hat die Untersuchung eingeleitet.

Kein Sowjetvertreter in Genf.

Der Schweizerische Bundesrat hat es abgelehnt, seine Genehmigung dazu zu erteilen, daß die Sowjetregierung in Genf offiziell oder offiziös ein Bureau mit einem Beobachter für den Völkerbund errichtet. Man befürchtet, daß dieses Bureau letzten Endes nichts anderes sein würde, als eine bolschewistische Agitationszentrale.

Ein wildgewordener Verleumder.

Schüsse auf Polizeibeamte.

Leipzig, 24. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Freitag sollte der wegen fortgesetzter Beleidigung von republikanischen Ministern zu acht Monaten Gefängnis verurteilte Verleumder Dr. Julius Wernsdorf verhaftet werden, um seine Strafe anzutreten. Wernsdorf setzte sich daher jedoch zur Wehr und gab mit einem Armeerevolver mehrere Schüsse ab. Einer der Kriminalbeamten schlug die Waffe im letzten Augenblick zur Seite, so daß die Kugeln ihr Ziel verfehlten und Wernsdorf überwältigt werden konnte. Man fand bei ihm noch einen zweiten geladenen Revolver und drei Dutzend Patronen.

Die Reichswehr verkauft Phöbus-Anteile. Wie verlautet, hat das Reichswehrministerium Verhandlungen zum Verkauf seiner Anteile an der Phöbus-Filmgesellschaft eingeleitet. Der Reichstagsausschuß soll über die ganze dunkle Affäre erst später Auskunft erhalten.

Verschwendung in der Industrie.

Phantastische Direktorengehälter. – Arbeiter müssen darben.

Dieser Tage endete in Erlangen ein Prozeß, der 27 Tage lang dauerte und der tief in die Denk- und Wirtschaftsweise unseres Unternehmertums hineinleuchtete. Es war die Berufungsverhandlung gegen den Generaldirektor der elektromedizinischen Firma Reiniger, Gebbert u. Schall, Dr. h. c. Zitzmann. Sie schloß mit der Verurteilung dieses Herrn zu sechs Wochen Gefängnis und 80 000 Mark Geldstrafe, nachdem ihm die erste Instanz 9 Monate Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe zugedacht hatte. Der Mitangeklagte Freiherr v. Michel-Raulino wurde in beiden Instanzen freigesprochen. Weniger das Urteil als die im Prozeß zutage geförderten Zusammenhänge verdienen das Interesse der Arbeiterschaft, die bei den geringsten Lohn- oder Arbeitszeitforderungen auf den hartnäckigen Widerstand der angeblich notleidenden Industrie stößt.

Die Anklage lautete auf aktienrechtliche Untreue, die man in den hohen Bezügen und anderen Geschäftspraktiken der leitenden Herren des Konzerns sah. Zitzmann bezog ein **Jahresgehalt von 400 000 M.**, nahm aber noch in vielen Fällen besondere Zuwendungen **in Anspruch, die er in den Jahren 1921 bis** 1924 auf 700 000 Goldmark berechnete. Von einem angegliederten Schweizer Konzern ließ er sich einen Dispositionsfonds von 250 000 Schweizer Franken bewilligen, in denen Reisekosten enthalten sein sollten. Trotzdem berechnete er darüber hinaus bei zwei Gesellschaften einmal 60 000, einmal 50 000 Franken für Reisezwecke. Das genügte aber dem Generaldirektor noch nicht. Er pumpte vielmehr seine Gesellschaften gründlich an, und zwar natürlich besonders in der Inflation, um Geldentwertungsgewinne zu machen. So hatte er es beim Beginn der Stabilisierung auf 180 000 Goldmark Schulden gebracht. Dabei ist immer noch zu berücksichtigen, daß er außer seinem Generaldirektorengehalt von den ihm unterstellten 49 Gesellschaften noch erhebliche Bezüge und Tantiemen einsteckte.

Der Mitangeklagte Freiherr von Michel-Raulino soll den Zitzmann begünstigt haben. Dafür hatte er mit ihm einen Beiratsvertrag geschlossen, der ihm für die Dauer von 10 Jahren jährlich etwa 70 000 M. einbringen sollte. Seinen Freispruch verdankt er lediglich der Tatsache, daß man eine absichtliche Schädigung der Gesellschaft nicht als erwiesen ansah.

Unglaubliche Summen wurden auch an die Unterdirektoren der Gesellschaft verschwendet. Besonders drastisch ist der Fall des Oberregierungsrats Glaser, der bei seinem Ausscheiden aus dem Konzern vertraglich die Summe von 450 000 Goldmark zugebilligt erhielt, die ihm innerhalb zehn Jahren auszuzahlen wären. Auch Zitzmann machte bei seinem Ausscheiden noch ein ähnliches Geschäft, das ihm zehn Jahre lang eine Rente von je 50000 Mark bringen sollte.

Hatten schon in der ersten Instanz die Beklagten und einige Sachverständige die hier genannten Gehälter sogar noch als mäßig bezeichnet, so erklärten in der zweiten Instanz die Herren Professor Galler (Heidelberg) und Kommerzienrat Sichler (Lingener Werke), daß

Jahresgehälter von 300 000 und 400 000 Mark auch heute bei der rheinischen Schwerindustrie, bei den Farbwerken, in der Kunstseiden- und der Kaliindustrie sowie vornehmlich in den mitteldeutschen Großbetrieben üblich seien.

So sieht die Rollage der Industrie im Lichte der Direktorenwirtschaft aus. Bei den Lohnforderungen der Arbeiter feilscht man um jeden Pfennig und droht mit Aussperrungen. Den Staat mahnt man zur Sparsamkeit. Den Direktoren jedoch gewährt man Gehälter, die über jedes vernünftige Maß hinausgehen und die mit Entlohnung einer Leistung überhaupt nichts mehr zu tun haben. Das aber wird nur dann bekannt, wenn es einmal einer so grob treibt, daß in solchen Fällen die schwer bewegliche Justiz in Tätigkeit tritt. Um so wichtiger ist es, derartige Vorgänge nicht zu vergessen, will man die Unternehmerklagen auf das richtige Maß zurückführen.

Pressefreiheit und KPD.

Der kommunistische Zeitungskampf in Thüringen.

Die Kommunisten sind als Diktaturapostel geschworene Feinde der Pressefreiheit, aber in den Ländern, in denen sie die Pressefreiheit nicht vernichten können, machen sie gern von ihr Gebrauch. Das gilt nicht nur für die offizielle Partei, sondern noch mehr für die besonders diktaturwütige Opposition. In Rußland ist sie unterdrückt, in Deutschland kann sie aber — sehr zum Aerger der Offiziellen — nach Belieben Zeitschriften herausgeben, ja sie hat auch, wie schon gemeldet, den täglich erscheinenden „Volkswillen" in Suhl für sich gewonnen, von dem sie ab 1. Januar eine Reichsausgabe erscheinen lassen will. Um diesen „Volkswillen" tobt nun ein Kampf, über den „Die Fahne des Kommunismus" Interessantes zu erzählen weiß:

Die Methoden, die das ZK. und die Thüringer BL. jetzt im Suhler Unterbezirk anwenden, um den „Volkswillen" zu ruinieren und die kommunistische Bewegung in dieser alten Hochburg des revolutionären Proletariats zu spalten, spotten jeder Beschreibung. Dieselben Leute, die in ganz Deutschland und in der ganzen Komintern seit Jahren jede crusthafte Diskussion mit niederträchtiger und brutaler Gewalt verhinderten und die in all ihren Presseorganen keinen Oppositionellen zu Worte kommen lassen, sind in Suhl — siehe da! — „Demokraten" geworden. Gerade hat erst ein Unterbezirksparteitag stattgefunden, der nach ausgiebiger Diskussion und Vorbereitung die Linie der Opposition billigte und die alte Unterbezirksleitung wiederwählte. Das aber hinderte die Sendboten des ZK nicht, einen neuen Unterbezirksparteitag und neue Diskussion zu fordern.

Der Standpunkt, den die Suhler Genossen in diesen Fragen einnehmen, besagt klar und eindeutig: Wir sind für die Diskussion, aber nicht nur in Suhl sondern in der ganzen KPD. Wir werden mit demselben Augenblick die Spalten des „Volkswillen" den Anhängern des ZK. zur Diskussion öffnen, in dem das ZK. den Anhängern der Opposition die Möglichkeit gibt, Diskussionsartikel in den Zeitungen zu veröffentlichen, die von den Soldschreibern der Stalinisten bisher zum ausschließlichen Meinungsmonopol des Stalinismus gemacht worden sind.

Wir wissen: Darauf wird sich das ZK. nicht einlassen, weil es jede ehrliche Parteidebatte fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser! Mag das ZK. und die BL. Thüringen **Zehntausende von Mark herausschmeißen, um jedem Abonnenten des „Volkswillen" umsonst (!) das „Thüringer Volksblatt" aus Gotha mit unsäglichen Schimpfartikeln zu liefern** — mögen die ZK.-Kommissare Kaasch und Schmidt von Haus zu Haus wandern, um Lügen zu erzählen, die ihnen keiner unserer Genossen glaubt! Suhl und den „Volkswillen" bekommen die Herrschaften nicht, und damit basta!

Die deutschen Stalinisten könnten Mühe und Geld sparen, wenn sie ihr Diktaturideal schon erreicht hätten. Dann würden sie die Opposition ganz einfach verbieten und ihre Presse polizeilich unterdrücken. Für sie ist die Lust, an Ruth Fischer und Genossen ihr Mütchen zu kühlen, ein Grund mehr, dem russischen Vorbild nachzustreben. Aber die Opposition? Hat sie es wirklich so eilig, den Galgen zu bauen, an den sie gehangen werden soll? Unnütze Frage? Man wird im deutschen Kommunismus und seinen inneren Kämpfen auch mit der Laterne vergebens etwas wie Logik suchen!

Ekel vor der „Roten Fahne".

Jetzt auch schon bei kommunistischen Arbeitern.

Im oppositionell-kommunistischen „Volkswillen" schreibt Hermann Jabusch-Neukölln:

Ich erinnere mich noch des Kampfes zwischen der SPD. und USPD. und nachher als die USPD. begraben wurde, und wir zur Kommunistischen Partei hinübereilten, an die damalige Schreibweise des „Vorwärts". Der Kampf war erbittert, derbe Worte sind gefallen. Das, was aber heute die Redaktion der „Roten Fahne" sich gegenüber den oppositionellen Genossen erdreistet, das geht auf keine Kuhhaut. Wir werden als Banden, Renegaten, Konterrevolutionäre und dergleichen mehr bezeichnet. Die Redaktion der „Roten Fahne" müßte doch selbst einsehen, daß sie mit solch einer Schreibweise keinen ehrlich denkenden Arbeiter überzeugen kann. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. **Mit Ekel werfen heute viele Arbeiter die „Rote Fahne" beiseite und erklären, daß sie es satt haben, sich noch weiterhin mit ihrem eigenen Gelde beschmutzen und bekämpfen zu lassen.**

Es ist erfreulich, wenn heute selbst ein oppositioneller Kommunist einsieht, daß die Schreibweise des „Vorwärts" dem öden, blöden Schimpfton der „Roten Fahne" vorzuziehen ist. Hoffentlich greift auch bei den kommunistischen Arbeitern bald die Erkenntnis um sich, daß Häufung von Schimpfworten noch kein Klassenkampf ist und daß volle Nachttöpfe keine revolutionären Waffen sind.

Ein Sensationsprozeß in Moskau.

Polizeichef und Gerichtspräsident unter Notzuchtanklage.

Moskau, 22. Dezember

Ein Sensationsprozeß, der die öffentliche Meinung sehr beschäftigt, wird sich demnächst vor dem Sowjetgericht in Artemowsk abspielen. Als Angeklagte erscheinen dabei der örtliche Polizeichef Maximow, der Gerichtspräsident Jaroschtschuk und zwei andere höhere Polizeibeamte. Die Anklage lautet auf Vergewaltigung der Frau des Polizeibeamten Schilin, nachdem sie diesen durch ein Betäubungsmittel besinnungslos gemacht hatten. Die Frau hat sich das Leben genommen. Sämtliche Angeklagte sind bereits ihrer Aemter entsetzt worden und dem Verlauf des Prozesses wird mit Spannung entgegengesehen.

Scheu vor Schwarzrotgold.

Rebellion im Kyffhäuserbund.

Gegen den Flaggenerlaß des Generals v. Horn, des Vorsitzenden des Kyffhäuserbundes, nach welchem bei Anwesenheit von Vertretern der Staatsbehörden, wenn diese Wert darauf legen, auch die Reichsflagge Schwarzrotgold gehißt werden soll, hat der Kreiskriegerverband Naustettin, dem 62 Vereine mit 3600 Mitgliedern angeschlossen sind, beschlossen, Einspruch zu erheben. Wortführer des Protestes war der Vorsitzende des Kreisverbandes Major v. Heydebreck. Eine Berücksichtigung der Reichsfarben könne, wie v. Heydebreck zu gestatten geruhte, nur für einen ganz besonderen Ausnahmefall, den Besuch des Reichspräsidenten, in Frage kommen.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Deutscher Anwalt im Haag. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird der Regierungspräsident von Marienwerder, Dr. Budding, im Einvernehmen mit den zuständigen Reichs- und Staatsstellen in dem Prozeß, den das Deutsche Reich wegen des oberschlesischen Schulstreiks vor dem ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zu führen beabsichtigt, die Vertretung des Deutschen Reiches übernehmen.

Max Adalbert.

Im Berliner Theater.

Zwei Berliner Komiker, Guido Thielscher und Max Adalbert. Thielscher spielt immer das Mämmecken, das aus der Provinz kommt und Berlin nicht vertragen kann. Adalbert spielt das kesse Kerlchen, das mit richtigem Spreewasser getauft ist. Thielscher wischt sich den Angstschweiß von der Stirn, wenn er auf dem Potsdamer Platz steht. Adalbert spaziert um den Verkehrsturm wie durch einen Märchengarten. Thielscher ist der Kleinlaute, Adalbert der Großschnäuzige. Thielscher läßt sich aus Verlegenheit die Kleider bis auf die Unaussprechlichen vom Leibe ziehen. Adalbert blufft, daß die Schwarte knackt. Thielscher bleibt immer der Dumme, Adalbert macht die Pfiffigsten mordsdämlich.

Beide Komiker gehören zu Berlin. Thielscher ist schon alter Stil; Adalbert ist modernste Asphaltblüte. Doch für diesen Max Adalbert gibt es kein Theaterstück. Man lacht nur über seine Mimikage, da er ein so famoser, sattelfester und schlagfertiger Kerl ist, der alles, was noch im Gotha und Semigotha als Ueberbleibsel von Annotoback vegitiert, in die Tasche steckt. Man müßte für Adalbert einen politischen Schwank schreiben, für dieses kostbare Ekel, das zum Verleben komisch und eklig ist. Für diesen herrlichen Berliner Jungen mit den kräftigen Ellenbogen, der die Zähne zeigt, und jedes Pech knock-out macht. Wo ist das Stück?

Das Stück heißt zu Weihnachten: „Der Herr von — —." Verfasser Friedmann-Frederich, Berliner Theater. Schauplatz: Lutter und Wegner, Potsdamer Adelsschloß, Hotel Kaiserhof, wo die Direktion Schwarzweißrot und Schwarzrotgold flaggen will, um niemand zu beleidigen. Das Stück leidet unter diesen Schauplätzen. Friedmann-Frederich hält es für sehr nobel, aber auch für sehr mutig, wenn er Max Adalbert beauftragt, den guten Namen Krause abzulegen, sich als Herr von Soundso in das Potsdamer Schloß einzuschleichen und der Wilhelminischen Exzellenz die hübsche Tochter und einen Generaldirektorsposten wegzuholen. Da der Verfasser in kein Fettnäpfchen zu treten wagt, wird sein Weihnachtsschwank sehr mager. Für den Geist muß allein Adalbert sorgen, und er tut es virtuos. Doch die ganze Fülle seines Talents kann er auch diesmal nicht zeigen. Wir wünschen, daß sein nächstes Weihnachtsstück ihm und uns mehr Freude bereitet. M. H.

Oesterreichische Sondervorstellungen. Unter dem Protektorat der österreichischen Gesandtschaft und des Reichstagspräsidenten Löbe als Vorsitzenden des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, werden im „Neuen Theater am Zoo" allmonatlich an einem Sonnabend Nachtvorstellungen veranstaltet, bei denen in der Hauptsache österreichische Autoren zu Worte kommen sollen. Die erste Vorstellung findet am 23. Dezember um 23 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt Nestroy's Posse „Der Talismann" mit Musik von Franz Lehar.

Münchhausen.

Theater des Westens.

„Münchhausen" — oder: Das Letzte an Schondagewesenheit. Es lohnt nicht, viel zu reden von dieser Sorte Operette, es hat nie gelohnt. Ob der Held Münchhausen heißt oder Danilo, ob er die Frau, die er selbstverständlich liebt — denn selbstverständlich ist sie das schönste Weib auf Erden, das war schon immer so und selbstverständlich hat er, der Unwiderstehliche, es ihr sofort angetan — ob er also schließlich sie kriegt oder nicht, es ist immer und immer dasselbe. Diesmal kriegt er sie nicht, die bezaubernde junge Gräfin, die auf den Namen Aurora hört, aber auch der polnische Graf Rodzibrodski kriegt sie nicht, weil sie inzwischen den Grafen Adolar von Gaffron genommen hat, dafür heiratet er das Kammermädchen der Gräfin, denn das Soziale, das „Ueberbrücken der Klassenvorurteile" ist, so lesen wir im Programmheft, ist von je eine Spezialität der deutschen Operette gewesen. Eine andere (das steht nicht drin): Das Langweilige. Und dies in einem Genre, das angeblich der Unterhaltung dient. Nicht, daß das alles mit „Kunst" nichts zu tun hat, ist ihm vorzuwerfen: sondern, daß es so unsagbar armselig ist, so verlassen von allen Lebensgeistern, so ohne Leichtigkeit, so ganz ohne Witz, Geist, Anmut gemacht; fabrikmäßig hergestellt nach den bewährten Rezepten, nach denen, Jahr für Jahr, das Publikum — aus dem Theater gelangweilt wird. Ein halbes Dutzend Operettenpremieren ergießt sich über Berlin in diesen Tagen; es ist das liebe Weihnachtsfest, dem wir so reichen Segen verdanken. Der geplagte, gehetzte Großstädter von heute, der den ganzen Tag, das ganze Jahr, im Beruf, im Geschäft nichts zu lachen hat, soll nun etwas für seine Feiertage haben. Sie werden hingehen, sie werden lachen und sich köstlich amüsieren: die Armen. Jede Gesellschaft hat die Operette, die sie verdient.

Klaus Pringsheim.

*

Druckfehlerberichtigung. In dem Referat über die Aufführung der Oper „Fra Diavolo" (Abendblatt vom 23. Dezember) ist ein sinnstörender Druckfehler untergelaufen. In der ersten Zeile sollte es nicht heißen: „scheint den Besitzenden", sondern: „Feind der Besitzenden. . ."

Eine zarte französische Komödie.

Renaissance-Theater.

Das „Renaissance-Theater" macht uns mit einem liebenswürdigen und liebenswerten jungen Talent bekannt, dem Pariser Jacques Natanson. Wenn sich der Vorhang über dem ersten Bild seiner Komödie „Coeur-Bube" hebt, glaubt man, es würde sich einer der üblichen Bettschwänke begeben. Rechts auf der Bühne sieht man einen Kavalier in der Telephonzelle, links ein junges Mädchen im Bett, das sein Telephonat entgegennimmt. Die Beiden kennen sich gar nicht, aber der Anschluß ist hergestellt: im nächsten Bild sitzt der Kavalier in ihrem Schlafzimmer auf der Bettkante. Dies nächtliche Beieinander stört der ältliche zahlende Liebhaber, der an der unwandelbaren Treue seiner Simone schon lange zweifelt. Kavalier im Schrank, Durchsuchung, Revolver, Aufregung. Das ist nicht sonderlich originell, es fällt nur die flotte und witzige Linienführung des Dialogs auf. Jetzt aber klingt in die mit leichter Hand hingeworfene Komödie eine leise und zarte Tragik hinein. Die spielenden Figuren sind bei all ihrer Heiterkeit ein wenig vom Leben enterbt. Am bedauernswertesten ist der alternde Michel. Er sieht seine Freundin langsam entgleiten, und kann sich doch ein Leben ohne sie nicht vorstellen. Da faßt er den Entschluß, ihr zu den vielen anderen ein heroisches Geschenk zu machen. Er schenkt ihr in stiller Resignation den jungen Henri. Sie soll mit ihm glücklich sein. Er will sich diskret im Hintergrund halten und sich mit einem Rest von Liebe zufrieden geben.

Ueber dem leicht und charmant dahinperlenden Stück schwebt eine Wolke von Zartheit und Grazie. Hinter der scheinbar lockeren Moral verbirgt sich menschliches Verstehen, Güte und Herzenswärme. Leontine Sagan läßt als Regisseurin die Komödie mit so viel Diskretion spielen, wie sie ihr angemessen ist. Keiner der Darsteller wird verleitet, einen possenhaften Zug in das Spiel zu bringen, das viele lustige Stellen enthält. Carola Neher ist ein versöhntes, kokettes, um den Wert des Geschenkes sich reißendes Frauchen, das aber ihre Liebe immer noch für etwas Heiliges hält. Man glaubt ihr, daß sich Männer um sie ruinieren. Franz Lederer spielt den jungen Studenten Henri stürmisch, jungenhaft und wohlerzogen, eine sympathische Figur. Max Gülstorff ist der nobelste Liebhaber, den man sich denken kann und Oskar Sima zwingt mit seinem trockenen Humor die entzückte Zuschauerschaft zu lautem Gelächter.

Ernst Degner.

Alfred Kerr, der Dichter und Kritiker, begeht morgen seinen 60. Geburtstag. Ein Künstler, des eigenen Könnens froh bewußt, besitzt er die seltene Kraft, auch das Können anderer zu verstehen und mit neidloser Liebe zu preisen. Diese unnewöhnliche Begabung hat ihn zum Bahnbrecher heranstürmender Generationen gemacht. Mancher später allgemein Anerkannte verdankt ihm entscheidende erste Förderung. Aber auch in politischen und sozialen Fragen steht Kerr seinem ganzen Temperament nach bei denen, die in die Zukunft hinein wollen.

Zur Feier des Tages ist bei S. Fischer ein Buch erschienen, das unter dem Titel „Es sei wie es wolle — es war doch so schön" Beiträge von Freunden Kerrs mit seinen eigenen vereinigt.

Erstaufführungen der Woche. Dienstag: Thalia-Theater: „Das Kamel geht durch das Nadelöhr". — **Sonnabend:** Volksbühne: „Mann ist Mann"; Schauspielhaus: „Odysseus von Ithaka; Theater in der Klosterstraße: „Tell, Wilhelm II., Geßler".

Zu der in der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, stattfindenden Erstaufführung von Brecht's „Mann ist Mann" hat Edmund Meisel die musikalische Ausgestaltung übernommen.

Das Volksbildungsamt des Bezirksamts Friedrichshain veranstaltet am 28. Januar, 20 Uhr, in der Schulaula, Friedenstr. 31, einen Arbeitsabend für Gymnastik und Bewegungschor. Martin Gleiknet von der Berliner Ledanischule wird an Hand praktischer Darstellungen eine Einführung in dieses Gebiet geben. Eintritt frei. Karten sind im Volksbildungsamt, Markusstr. 40, erhältlich.

Der Presseball 1928 findet am Sonnabend, dem 28. Januar in den Gesamträumen des Zoologischen Gartens statt.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger

Der Täter verhaftet.

Ein schwerer Raubüberfall wurde in den heutigen Vormittagsstunden im Hause Mansteinstraße 12 auf den 56jährigen Geldbriefträger Hermann Teichert vom Postamt W. 57, der sich auf einem Bestellgang befand, verübt. T. wurde hinterrücks niedergeschlagen, konnte aber noch um Hilfe rufen. Der Täter wurde durch das rechtzeitige Erscheinen des Ueberfallkommandos verhaftet. Es handelt sich um einen 20jährigen arbeitslosen Maurer Ernst Heidemann. Folgende Einzelheiten konnten ermittelt werden.

Auf der Treppe zwischen dem ersten und zweiten Stockwerk des Hauses Mansteinstraße 12 trat dem Geldbriefträger ein Mann entgegen, der sich mit einer fingierten Frage an ihn wandte. Der Fremde zog plötzlich einen Hammer hervor und versetzte dem ahnungslosen Beamten mehrere wuchtige Schläge über den Kopf. Teichert brach schwer getroffen zusammen, hatte aber noch soviel Kraft, laut um Hilfe zu rufen. Jetzt ließ der Räuber von seinem Opfer ab und suchte zu flüchten. Hausbewohner hatten die Hilferufe gehört und verstellten dem Täter den Weg. Er lief die Treppe hinauf und versuchte in einer Wohnung des vierten Stockwerkes Einlaß zu erhalten. Der Wohnungsinhaberin gelang es, die Tür wieder zuzuwerfen, so daß dem Täter die Flucht nach beiden Seiten abgeschnitten war. Inzwischen war ein Schupobeamter, der sich gerade auf Patrouille durch die Mansteinstraße befand, herbeigerufen worden, der den Flüchtigen, der ganz harmlos die Treppe herunterkam, verhaftete. Kurze Zeit später traf das Ueberfallkommando am Tatort ein. Der schwerverletzte Geldbriefträger wurde in das Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Weihnachtsverkehr wie im Vorjahr.

Riesengebirge, Erzgebirge und Harz bevorzugt.

Nach den Beobachtungen in den amtlichen MER-Bureaus hat der Weihnachtsverkehr von Berlin aus mindestens den gleichen Umfang angenommen wie im Vorjahre. Das lebhafteste Interesse findet in den letzten Tagen bei den Berlinern das Riesengebirge und das Erzgebirge. Nach Hirschberg, Krummhübel, Schreiberhau und nach Oberwiesenthal herrschte die lebhafteste Nachfrage. Auch der nahe Harz wird von Berlin aus guten Besuch aufweisen, während die weiteren Wintersportgebiete, wie Oberbayern, Schwarzwald und auch Thüringen, nicht ganz so stark im Vordergrund des Interesses stehen. Besonders lebhafter Verkehr ist von Berlin aus nach Hamburg, nach Köln, nach Breslau und nach Ostpreußen zu verzeichnen. In allen Richtungen werden die Züge verstärkt und zum Teil auch doppelt gefahren werden.

Fabrikfeuer in Berlin N.

Mit der Bekämpfung eines großen Fabrikbrandes war die Feuerwehr heute früh in der Ackerstraße stundenlang beschäftigt. Auf dem Grundstück Ackerstraße 128/129 befinden sich die umfangreichen Fabrikgebäude der Eisengießerei von Keyling und Thomas. Kurz nach 6 Uhr schlugen in der Gießerei-Halle plötzlich meterhohe Flammen empor. In wenigen Minuten brannte die Halle mit dem Dachstuhl lichterloh. Die Feuerwehr rückte auf den Alarm „Großfeuer" mit vier Löschzügen an. Da die Gebäude zwischen hohen Miethäusern eingekeilt liegen, gestalteten sich die Löscharbeiten sehr schwierig. Es mußten fünf Schlauchleitungen großen Kalibers angelegt werden, um des Feuers Herr zu werden. Wegen der bedrohlichen Einsturzgefahr des brennenden Hallendaches, mußte die Wehr mit großer Vorsicht arbeiten. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die späten Vormittagsstunden hinein an. Der Schaden ist sehr groß, doch soll der Betrieb keine Unterbrechung erleiden. Die Entstehungsursache ist auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Der Schmelzofen wird durch ein Oelgebläse angeheizt. Der Schlauch, der das Oel in den Brenner leitet, riß ab, wobei sich die auslaufenden Oelmengen unter starker Stichflammenbildung entzündeten.

Aenderungen am Versorgungsgesetz.

Das 5. Abänderungsgesetz zum Reichsversorgungsgesetz ist vom Reichstag Mitte Dezember verabschiedet worden. Hiernach tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 eine Veränderung des Zahlbetrages der Renten ein, die aber für die Hinterbliebenen sehr gering ist und für alle Berechtigten im Vorschußwege fast restlos zur Auswirkung kam. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, bestehen die wesentlichsten Aenderungen darin, daß der Begriff der Vollrente so gefaßt wurde, daß sich die Hinterbliebenenbezüge im Grundbetrage um etwa 9 Proz., im monatlichen Zahlbetrage nur etwa um 3 bis 4 Mark erhöhen. Die Schwerbeschädigtenzulage bleibt bei Errechnung der Hinterbliebenenbezüge außer Ansatz; sie ist auf jährlich 168 M. erhöht worden. Im übrigen sind die Rentensätze des Regierungsentwurfs im Reichstage angenommen worden. Witwen im Alter bis zu 45 Jahren erhalten zukünftig 30 Proz. der Vollrente eines Erwerbsunfähigen, sind aber wie bisher vom Bezuge der Zusatzrente ausgeschlossen. Bei Wiederverheiratung einer Witwe richtet sich die Abfindung stets nach dem höchsten Betrag der monatlich zahlbaren Witwenrente. Beim Tode der Hinterbliebenen wird Sterbegeld in Höhe von einem Drittel des beim Tode eines Beschädigten zustehenden Sterbegeldes gewährt. Dieses ist etwas erhöht worden. Der Kreis der Elternbeihilfeempfänger wurde etwas erweitert. Elternbeihilfe bis zur Höhe von zwei Drittel der Elternrente und Zusatzrente kann zukünftig gewährt werden, wenn der Verstorbene nicht voll der Ernährer geworden ist oder geworden wäre. Während im allgemeinen nur eine unwesentliche Erhöhung der Zusatzrente eintritt, soll den erwerbsunfähigen Witwen künftig eine Zusatzrente in Höhe von monatlich rund 4 M. bzw. 7,50 M. mehr als bisher gezahlt werden. Insoweit Zusatzrentenbeträge inzwischen über den jetzt zustehenden Satz hinaus überhoben sein sollten, sollen sie in Ausgabe verbleiben. Für die Gewährung der Pflegezulage ist durch eine weitere Staffelung und Erhöhung der bisherigen Sätze eine individuellere Berücksichtigung des Zustandes des Pflegebedürftigen, insbesondere der Lungenkranken, gegeben. Für die Erziehung und Berufsausbildung der Kriegerwaisen und Kinder von Schwerbeschädigten stellt das Reich jährlich 20 Millionen Mark zur Verfügung. Außer einigen sonstigen Veränderungen im Gesetz fanden weitergehende Verbesserungsanträge im Reichstage keine Annahme.

Eine Gesundbeterberichtigung.

Unsere Angriffe gegen die „religiöse" Sekte des „Propheten" Weißenberg veranlassen diese zu einer Berichtigung folgenden Inhalts:

„In einem Artikel der 1. Beilage des „Vorwärts" vom Mittwoch, dem 7. Dezember 1927, mit einer Ueberschrift „Zwei Diphtheriefälle in einer Familie in Werder" wurden diese beiden Todesfälle auf eine Verschuldung der sog. Weißenberger mit den Worten zurückgeführt: „Erneut belasten jetzt zwei verlorene Menschenleben das Schuldkonto der Weißenberger und ihrer Gesinnungsgenossen." Diese Behauptung ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß die von der Polizei und den anderen zuständigen Behörden anläßlich dieser beiden Todesfälle angestellten Ermittlungen nicht den geringsten Anhalt dafür ergeben haben, daß die eingangs gedachte Religionsgesellschaft, deren Oberhaupt Herr Weißenberg ist, mit den beiden Todesfällen irgend etwas zu tun hat oder dieselben gar verschuldet hätte."

Die Weißenberger nehmen nur Bezug auf die beiden im „Vorwärts" kritisch behandelten Fälle der an Diphtherie verstorbenen Kinder des Steuersekretärs Paul in Werder. Von der mißlungenen „Totenerweckung" an dem Potsdamer Grünkramhändler Rode, dessen Leiche ein Weißenbergjünger durch Umschläge wieder erwärmen und ins Leben zurückrufen wollte, erwähnt die Berichtigung vorsichtigerweise nichts. Die Feststellungen der Polizei können eben auch durch Berichtigungen nicht aus der Welt geschafft werden. Im übrigen wehren sich die Weißenberger gar nicht dagegen, den Unfug des Gesundbetens zu betreiben.

Der Vorortzug-Räuber verhaftet.

Sein Geständnis.

Die Mordkommission der Kriminalpolizei hat bei der Aufklärung des Verbrechens im Vorortzug rasche Arbeit geleistet. Es gelang ihr, in der Person des Präparators Horst Kieback den Mann zu fassen, der die 20 Jahre alte Dora Perske, die heute noch bewußtlos daniederliegt, im Vorortzug zwischen Hirschgarten und Friedrichshagen niederschlug und beraubte.

Die Kriminalpolizei stand in diesem Falle vor einer sehr schwierigen Aufgabe, weil die Ueberfallene, Dora Perske, auch heute noch besinnungslos im Krankenhause liegt. Ein Heer von Beamten war ständig unterwegs, um diese Leute zu finden und aus ihren Bekanntenkreisen und durch Beobachtungen irgendetwas zu erfahren. So kam man auch auf einen am 1. Januar 1907 in Berlin geborenen Präparator Horst Kieback, der bei seinen Eltern in der Pappelallee 39 wohnte. Der alte Kieback betreibt hier ein Präparatorgeschäft. Sein Sohn, der darin mitarbeitete, hat einmal schon als Eisenbahndieb eine kleine Rolle gespielt, und so kam auch er für die Nachforschungen in Betracht. Diese ergaben, daß er in der letzten Zeit nicht mehr in der elterlichen Wohnung gewesen war. Es wurde festgestellt, daß er mit einem jungen Mädchen ein Verhältnis angeknüpft hatte. Bevor aber das Mädchen noch ermittelt war, wurde Kieback gestern abend selbst entdeckt. Sie erkannten ihn nach der Personalbeschreibung, nahmen ihn fest und brachten ihn nach Ueberwindung seines heftigen Widerstandes nach dem Polizeipräsidium, wo er sofort ins Gebet genommen wurde. Das Verhör zog sich bis heute in die frühen Morgenstunden hin. Man verlangte von Kieback vor allem zunächst einen Alibibeweis für die kritische Zeit. Er konnte ihn nicht führen, bestritt aber jede Beteiligung an dem Verbrechen. Da fand man bei der Durchsuchung seiner Kleidung eine sogenannte Elle, ein dreikantiges, etwa 40 Zentimeter langes eisernes Lineal, das wohl einmal als Schneidelineal benutzt worden ist. In früher Morgenstunde bequemte sich Kieback denn auch endlich zu einem Geständnis, weil es kein Entrinnen mehr gab. Kieback war mit seiner Schwester und seiner Mutter als Zeuge in dem großen Meineidsprozeß gegen Mittendorf und Genossen verwickelt, der kürzlich vor dem Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulze verhandelt wurde. Er fürchtete, daß er durch die Verwickelung in diese Dinge seine Braut verlieren werde und erklärte ihr, daß er mit den Meineiden nichts zu tun habe. Um sie weiter an sich zu fesseln, erzählte er ihr, daß er Geld genug besitze, weil er in seiner Branche gute Geschäfte gemacht habe. Deshalb versprach er der Braut zu Weihnachten große Geschenke. Weil er aber in Wirklichkeit nichts besaß, so sann er auf Mittel und Wege, sich irgendwie Geld zu verschaffen, um Weihnachten nicht mit leeren Händen zu der Braut zu kommen und vor ihr als Lügner erscheinen zu müssen. Seit über acht Tagen arbeitet Kieback nicht mehr. Er ging umher

und dachte darüber nach, wie er zu Geld kommen könnte.

Am Mittwoch entschloß er sich, zur Tat zu schreiten. Nachdem er längere Zeit hin- und hergegangen war, bestieg er einen Vorortzug nach Grünau. Im Abteil wurde er, wie er behauptet, wieder unschlüssig. Deshalb stieg er auf dem Schlesischen Bahnhof aus und zunächst in den Zug nach Friedrichshagen ein. Diesen wollte er auf der Station Stralau-Rummelsburg verlassen, um mit dem „Verbinder" nach der Schönhauser Allee zu fahren und nach Hause zu gehen. Da sah er in dem Abteil das junge Mädchen sitzen, das ihm unbekannt war und kam wieder auf den Gedanken, diese zu überfallen und zu berauben. Zunächst kam er nicht dazu, weil an der Warschauer Straße noch ein junger Mann einstieg. Sobald dieser in Karlshorst ausgestiegen war, stand sein Plan fest. Er nahm sein Eisenlineal heraus. Bestärkt wurde er in dem Vorhaben noch, als das Mädchen in der Nähe von Hirschgarten das Portemonnaie aus der Tasche nahm. Jetzt war jeder innere Widerstand gebrochen, zumal da er, wie er sagt, Hunger und Durst hatte. Zwischen Hirschgarten und Friedrichshagen **nahm er das Lineal und schlug auf sein Opfer ein. Die Ueberfallene lief schreiend in das Nebenabteil,** wie er glaubte, um die Notleine zu ziehen. Dazu kam sie aber nicht mehr. **Er schlug weiter auf sie ein, bis das Mädchen zusammenbrach.** Als sie ganz ruhig geworden war, ging Kieback in das erste Abteil zurück, nahm die Geldbörse aus der Handtasche und steckte sie ein. Jetzt lief der Zug schon in Friedrichshagen ein. Der Räuber stieg rasch aus und sprang in einen anderen Zug, der auf dem Gleise zur Fahrt nach Berlin bereitstand. Als er sich in einem Abteil 3. Klasse allein sah, öffnete er die Börse und fand darin 55 Mark und etwas Kleingeld, außerdem einige kleine Bilder der Ueberfallenen, eine Quittung und einen Inlandspaß oder ähnlichen Ausweis. Diese Sachen zerriß er sofort in kleine Fetzen und warf sie weg. In Karlshorst stieg er aus. An dem Ausschank auf dem Bahnsteig kaufte er sich ein paar Zigaretten, dann ging er hinunter, trank in einem Restaurant eine Tasse Fleischbrühe, ging hierauf die Treskow-Allee hinunter und fuhr endlich mit der Straßenbahn nach Friedrichsfelde.

Der Verhaftete wurde nach dem Geständnis vorläufig in das Polizeigewahrsam gebracht. Wie weiter festgestellt wurde, hat er sich zu Pfingsten 1921 bereits an einem Mädchen vergangen, außerdem ist er Handtaschen- und Eisenbahnräuber und Schankwirtschaftsdieb.

Wieder Frostwetter?

Nach der Erwärmung der letzten Tage ist heute plötzlich eine Abkühlung der Temperaturen eingetreten. In Nordwestdeutschland wurden heute ein bis drei, in Nordostdeutschland zwei bis vier und in Mittel-Deutschland fünf bis sieben Grad Wärme gemessen. In Berlin selbst betrug die Temperatur heute morgen sieben Grad Wärme, während am frühen Vormittag nur noch fünf Grad gemessen wurden. Nach Angaben des Berliner Wetterdienstes ist damit zu rechnen, daß die Abkühlung sich weiterfortsetzen und daß es eventuell bereits morgen wieder zu Schneeschauern, von allem in Norddeutschland, kommen wird.

Republikaner nicht erwünscht.

Am Sonntag, dem 18. Dezember 1927, wollten, so teilt man uns mit, etwa 25 Kameraden der Wintersportabteilung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gelegentlich einer Skiübungsfahrt gegen Mittag im Restaurant des Kaiser-Wilhelm-Turms im Grunewald einkehren. Während draußen verschiedene Kameraden noch mit ihren Geräten beschäftigt waren, suchten andere Kameraden im Lokal Platz. In einem fast leeren Zimmer rückten sie mehrere Tische zusammen. Der Kellner, der sich vorher nicht sehen ließ, kam angestürzt, und forderte unter nichtigsten Vorwänden in unhöflichster Weise auf, die Tische auseinanderzurücken, da sonst angeblich niemand passieren könne. Auf die Entgegnung, daß wir ja selbst den ganzen Raum füllen werden, gab er zu verstehen, daß wir ihm nicht erwünscht wären. Eine dahingehende direkte Frage bejahte er und rief trotz wiederholter Bitte nicht den Geschäftsführer. Als er schließlich in roher Weise uns die Tische, vor denen wir saßen, wegzog, verließen wir dieses ungastliche Haus. Jeder Republikaner sollte eine derartige Gastlichkeit meiden. Im gegenüberliegenden Waldhaus des JOGT. fanden wir sodann freundlichste Aufnahme.

Wenn ein Fuhrherr betrunken ist.

Der Kohlenhändler Paul Krüger kam am 22. Oktober mit seinem beladenen Pferdefuhrwerk am Küstriner Platz vorbei. Auf dem Wagen saßen noch drei Personen, und man war sehr lustig, denn man hatte unmittelbar vorher 1½ Stunden lang gefrühstückt. Plötzlich scheute das Pferd nach rechts und überfuhr zwei Kinder, einen achtjährigen Knaben, der sofort getötet wurde, und seinen 2¾ Jahre alten Bruder, der so schwer verletzt wurde, daß ihm ein Bein am Oberschenkel amputiert werden mußte. Der Angeklagte wollte keine Schuld haben und schob alles auf das Pferd, ein früheres Reitpferd, das er erst seit drei Tagen gefahren habe. Durch die Beweisaufnahme wurde aber festgestellt, daß der Angeklagte sich unmittelbar vor dem Unfall umgedreht hatte, um einen der hinter ihm sitzenden Mitfahrenden in der Pose des Betrunkenen zu umarmen. Dabei hatte er am Zügel gerissen, so daß das Pferd seitwärts sprang. Dadurch kam es zu dem Unglück. Mit Rücksicht auf die höchst bedauerlichen Folgen ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Paul Krüger wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis.

Vertilgung von Raupen.

Laut Polizeiverordnung vom 13. April 1891 (Amtsblatt Seite 157) und 22. Juli 1926 (Amtsblatt Seite 183) sind in allen Gärten, Baumschulen, Hofräumen und Alleen während der Zeit vom 15. November bis 1. Februar sämtliche Bäume und Sträucher, und zwar die Bäume mindestens bis zur Höhe von 6 Metern über dem Erdboden, durch die Eigentümer, Pächter, Nutznießer und Verwalter von Raupennestern sowie Schmetterlingspuppen und -eiern zu befreien. Das gleiche gilt von den Einfriedigungen bepflanzter Grundstücke (Mauern, Lattenwänden, Zäunen, Hecken). Die Raupennester, -puppen und -eier der schädlichen Schmetterlingsarten sind durch Verbrennen oder Zerdrücken zu vernichten. Die noch in sogenannten „Spiegeln" beisammensitzenden jungen Raupen des Schwammspinners (Liparis dispar), des Goldafters (Euproctis chrysorrhoea) und des Ringelspinners (Malacosoma neustrium) sowie die Eigelege der beiden erstgenannten Arten sind durch Zerdrücken zu zerstören. Das Aufsuchen und Zerdrücken der jungen Raupen hat möglichst in den Morgenstunden zu erfolgen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Feiern für erwerbslose Jugend.

Es war immer schon das Bestreben der proletarischen Kreise, alten Festen neuen Inhalt zu verleihen. In überaus glücklicher Weise scheint uns jetzt das Jugendamt Friedrichshain in dieser Frage vorwärts gebracht zu haben. Dort wandte man Hilfe für die Feiertage in erster Linie der erwerbslosen Jugend und den unter Schutzaufsicht stehenden Jugendlichen zu. An vier Abenden wurden in den prächtigen Jugendheimen in der Ebertystraße und in der Brommystraße 50 Mädel und 125 Jungen zusammengeholt. Feine musikalische, gesangliche und rezitatorische Darbietungen gaben den ernsten Hintergrund. In voller Ursprünglichkeit der Darbietung zeigte Arbeiterjugend aus dem „Jungen Chor", aus dem „Berliner Volkschor", aus der „Spielgemeinschaft Wedding" und aus „Fichte" ihr Können. Arbeiterjugend lebte für Arbeiterjugend, und die Verbundenheit war schnell hergestellt. Das wahre Erlebnis blieb nicht aus. Stadtrat Genosse Klodt zeichnete in feinen Worten den wirklichen Sinn der Weihnachtsfeiern, den Sinn der gegenseitigen Hilfe und des Miteinanderarbeitens. Der Zweck der Feiern, Freude trotz eigenem sozialen Elend zu verbreiten, wurde vollkommen erreicht. Kleine Geschenke, Teller mit Kuchen und Rüssen, sowie je nach Wahl Bücher oder Spiele (vor allem Schachspiele wurden erwünscht), hoben die frohe Stimmung. Den Bedürftigsten unter der Schar hatte man selbstverständlich vorher schon in Kleidung und Schuhwerk oder in kleinen Geldbeträgen Hilfe zuteil werden lassen. In froher Geselligkeit verbrachten Mädel und Jungen gern diese Stunden. Und ein Nachhall für die künftige gemeinsame Arbeit am eigenen Schicksal ist allen sicher geblieben.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Gau Berlin, hielt eine Funktionärversammlung im Palais des Zentrums ab, in der der Gauleiter Paul Wende über die Neuwahl der Beiräte sprach und in eingehender Weise die dafür in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen auseinandersetzte. Er forderte die Ortsgruppen auf, in die Beiräte der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge überall die befähigsten Kameraden hineinzuwählen. Der Bundesvorsitzende, Kamerad Richard Marske, teilte zur Hindenburgspende mit, daß ein Kuratorium eingesetzt wurde, in dem leider die Vertreter der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenorganisationen sowie andere sachkundige Personen nicht berücksichtigt worden sind. Auch die beabsichtigte Verteilungsweise der Hindenburgspende dürfte kaum der zweckmäßigste Weg sein, um die Beträge in die richtigen Hände gelangen zu lassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 20. Dezember 1927 versammelten Funktionäre des Gaues Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen stehen trotz des vom deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover gegen ihren Kameraden Roßmann geführten persönlichen Angriff fest hinter demselben und sprechen ihm ihr volles Vertrauen aus."

Genosse Ludwig Stopleck bittet uns um die Aufnahme des folgenden: „Aus Anlaß meines 70. Geburtstages sind mir so viele herzliche Glückwünsche und Spenden zugegangen, daß ich auf diesem Wege allen meinen herzlichsten Dank ausspreche".

Schloßbrand in Polen.

In der Ortschaft Wisla in Schlesisch-Teschen ist heute nacht das Schloß des ehemaligen Erzherzogs Friedrich von Habsburg, gegenwärtig Eigentum der polnischen Regierung, vollständig niedergebrannt. In dem Schloß sollte der Präsident der Republik wohnen, der am 3. Januar zu einem dreitägigen Jagdaufenthalt dort eintreffen wollte. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Trotz energischer Rettungsaktion wurde das Schloß vollkommen eingeäschert. Der Materialschaden ist sehr groß.

Konferenz der Wasserstraßenarbeiter.

Die von der Bezirksleitung Nordwest des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufene Konferenz der an den See- und Binnenwasserstraßen im Wirtschaftsbezirk Nordwest beschäftigten Verbandsmitglieder faßte nach einem trefflichen instruktiven Referat des Verbandssekretärs Schütt einmütig die folgende Entschließung:

„Die am 18. Dezember 1927 im Hamburger Gewerkschaftshaus tagende Konferenz der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Arbeitnehmer an der Elbe und den Elbenebenwasserstraßen, am Elbe-Trave-Kanal, an der Weser und den Wesernebenwasserstraßen, am Nordostseekanal, an der Ems, an der Ost- und Nordseeküste sowie an den Mecklenburgischen und Oldenburgischen Binnenwasserstraßen stellt mit Bedauern fest, daß den Arbeitnehmern der Reichswasserstraßenverwaltung bei der Ueberführung aus dem Dienste der Länder in den Dienst des Reiches schwere Schädigungen zugefügt wurden.

Die Konferenz fordert deshalb alle Interessierten auf, die Macht der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Reichsverkehrsministerium in jeder Hinsicht zu stärken. Trotz der erlittenen Schäden hält die Konferenz die Durchführung der Verreichlichung des gesamten Wasserstraßennetzes für unbedingt erforderlich. Sie steht auf dem Boden einer Neugliederung des Reiches nach Wirtschaftsprovinzen und sieht in der restlosen Verreichlichung des Wasserstraßennetzes einen Hebel zur Durchführung der immer notwendiger werdenden Neugliederung des Reiches.

Gleichzeitig ersucht die Konferenz den Verbandsvorstand, sich für die Gesamtorganisation auf den gleichen Boden zu stellen und diese Stellungnahme den der Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Fraktionen aller Landesparlamente zu übermitteln."

Im weiteren Verlauf der Konferenz berichtete Behrens vom Hauptbetriebsrat über die Tätigkeit der Betriebsräte im Wasserstraßenwesen. Stetter vom Verbandsvorstand referierte über die Lohn- und Tarifpolitik für die Wasserstraßenarbeiter. Kollege Beger von der Bezirksleitung Nordwest behandelte Organisationsfragen.

Die Konferenz darf als äußerst gelungen bezeichnet werden. Für die Reichswasserstraßen-Arbeiterbewegung war sie von großer Bedeutung. Noch einige Jahre straffer Organisationsarbeit und der Nachteil, der sich aus der Organisationszersplitterung einerseits und der in den letzten Jahren bemerkbaren arbeiterfeindlichen Einstellung des Reichsverkehrsministeriums ergeben hat, ist ausgeglichen.

Was die Reichsbahnverwaltung sagt.

Die Reichsbahndirektion Berlin ersucht uns um Aufnahme folgender Erwiderung:

„Zu dem Artikel „Das Explosionsunglück im Oelgaswerk Pintsch. Was sagt die Reichsbahnverwaltung?" in Nr. 603 der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 22. Dezember bemerken wir ergebenst, daß wir nach Beginn des Streiks die Betriebsverhältnisse in dem Oelgaswerk eingehend geprüft und die Betriebsführung durch die Firma Pintsch als einwandfrei befunden haben. Die Untersuchung über die Ursache der Explosion ist noch nicht abgeschlossen."

Wir werden ja sehen, was bei der amtlichen Untersuchung herauskommt. Die von uns geäußerte naheliegende Annahme, daß die Beschäftigung betriebsunkundigen Personals nicht ohne Einfluß auf die Explosion ist, bleibt zunächst bestehen.

Auf die in unserem Artikel aufgeworfene grundsätzliche Frage, ob Privat- oder Eigenbetrieb, geht die Erwiderung nicht ein. Nach der ganzen Politik der Reichsbahngesellschaft zugunsten der Privatwirtschaft, die ganz in der Richtung liegt, die Reichsbahnen dem Privatkapitalismus auszuliefern, ist dies allerdings auch überflüssig.

Die Berliner Kommunalbeamten.

Und ihre „Standes"-Vereinigungen.

Man schreibt uns: Bei der Neuregelung der Besoldung der Berliner Kommunalbeamten wurde auch eine gerechte Eingruppierung der Sozialbeamten angestrebt. Durch die enge Verbindung der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten mit den Vertretern der SPD.-Fraktion im Berliner Stadtparlament gelang es, alle von der Fachgruppe „Sozialbeamte" aufgestellten Forderungen zu verwirklichen. Dieser in die Augen springende Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit ist den sogenannten Standesvereinen recht unbequem. Um die Mitglieder nicht an die Gewerkschaft zu verlieren, scheuen sie sich nicht, die Lüge zu verbreiten, daß der Erfolg ihrer Tätigkeit zu verdanken sei.

Noch vor einigen Tagen mußten sie in einer öffentlichen Kundgebung zugeben, daß sie von den städtischen Instanzen überhaupt nicht angehört worden sind. Tatsache ist, daß die Reichsgewerkschaft, Fachgruppe Sozialbeamte, sofort nach Vorliegen des betreffenden Entwurfs die Forderungen formulierte und durch ihre Vertreter im Magistrat und bei den Stadtverordneten begründen ließ. Durch die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion wurde denn in unserem Sinne beschlossen.

Hoffentlich haben die Sozialbeamten aus dem Verlauf der Bewegung nun endlich den Schluß gezogen, daß nicht Pflege des „Berufsehos", nicht „Standesbewußtsein", sondern nur die Solidarität mit allen übrigen Arbeitnehmern geeignet ist, ihnen eine gerechte Wertung zu sichern. Die Fachgruppe der Sozialbeamten in der Reichsgewerkschaft ist die einzige gewerkschaftliche Organisation, die den Kollegen eine energische Interessenvertretung sichert und für die dauernde Unterrichtung ihrer Mitglieder über alle Berufsangelegenheiten Sorge trägt.

Weihnachtsfeier der Maler.

Eine eindrucksvolle Weihnachtsfeier für seine erwerbslosen Mitglieder veranstaltete am Freitag nachmittag im Gewerkschaftshaus die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Maler und Lackierer. Der große Saal, mit roten Fahnen und Tannengrün für eine echte proletarische Weihnachtsfeier hergerichtet, konnte die Erschienenen kaum fassen. Für den Geist der organisierten arbeitslosen Maler und Lackierer ein gutes Zeichen, ein schlechtes Zeichen aber für ihre Lage auf dem Arbeitsmarkt. Eine Kapelle des Deutschen Musiker-Verbandes sorgte für die Unterhaltung dieser unfreiwillig Feiernden und fand mit ihren guten Darbietungen eine aufmerksame Zuhörerschaft. Der Bevollmächtigte Genosse Schiemann ermahnte die arbeitslosen Mitglieder, die Fahne der Organisation hochzuhalten und auch ferner treue Kämpfer für den Sozialismus zu bleiben, damit einer späteren Generation einmal wirklicher Frieden auf Erden beschieden werde.

Neben einer Extraunterstützung von 8 bis 15 Mark (je nach der Dauer der Mitgliedschaft) bekam noch jeder Arbeitslose ein Paket mit Lebensmitteln. Auch die Kinder wurden nicht vergessen.

Zuviel gezahltes Gehalt.

Keine unrechtmäßige Bereicherung.

Einige Angestellte des Magistrats hatten seit längerer Zeit bei jeder Gehaltszahlung ein wenig mehr erhalten, als ihnen nach dem Tarif zustand. Das war die Folge eines Irrtums des Beamten, der die Gehälter zu berechnen hatte. Ebensowenig wie dieser Beamte sind die betreffenden Gehaltsempfänger sich bewußt geworden, daß hier ein Irrtum vorlag. Sie haben sich auf die Berechnung der dafür zuständigen Stelle verlassen und ohne selbst an Hand der verschiedenen Tarifpositionen nachzurechnen, was ihnen zustand, genommen, was sie bekamen.

In letzter Zeit ist nun gelegentlich einer Revision der Irrtum entdeckt worden und der Magistrat läßt sich die zuviel gezahlten Beträge durch ratenweise Abzüge vom Gehalt der betreffenden Angestellten zurückerstatten. Da die Ueberbezahlungen zum Teil seit dem Jahre 1924 laufen, so sind die kleinen Einzelbeträge zu Summen angewachsen, die für einen Angestellten recht erheblich sind.

Drei weibliche Angestellte, denen Abzüge dieser Art gemacht worden sind, klagten beim Arbeitsgericht auf Rückzahlung der Abzüge. Zwei Klägerinnen, die entlassen sind, hat man von ihrem Abkehrgeld 135 bzw. 140 M. auf einmal abgezogen. Die dritte Klägerin, die noch in Stellung ist, hatte bisher einen Abzug von 20 M. zu erleiden.

Der Vertreter des Magistrats erklärte die Abzüge deshalb für berechtigt, weil den Klägerinnen durch die Ueberbezahlung eine unberechtigte Bereicherung zugeflossen sei, die nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zurückgefordert werden könne.

Das Gericht teilte diesen Standpunkt nicht. Das Urteil erging dahin: Bei Lohn- und Gehaltszahlungen kann unter den heutigen Verhältnissen eine unberechtigte Bereicherung nicht geltend gemacht werden. Löhne und Gehälter werden zur Bestreitung des Lebensunterhalts gezahlt und reichen auch nicht weiter. Ersparnisse können heutzutage von Lohn und Gehalt nicht gemacht werden. Wer nichts erspart, bereichert sich nicht.

Hier liegt also keine Bereicherung, am wenigsten eine unberechtigte vor. Die Klägerinnen haben ja gar nicht gewußt, daß sie zuviel erhielten. — Aus diesem Grunde wurde der Magistrat zur Rückzahlung der Abzüge verurteilt.

Arbeitskämpfe in Schweden.

In der schwedischen Papierindustrie steht ein großer Arbeitskonflikt bevor. Die seit Tagen geführten Tarifverhandlungen wurden — wie uns aus Kopenhagen gemeldet wird — am Freitag ergebnislos abgebrochen. Die Arbeitgeber haben daraufhin für den 2. Januar die Aussperrung des gesamten Personals angekündigt. Davon dürften mehr als 20 000 Arbeiter betroffen werden. — Den Aussperrungsbeschluß der Unternehmer im mittelschwedischen Grubengebiet, der ebenfalls mit dem 2. Januar wirksam werden und die Bergarbeiter aufs Pflaster werfen soll, haben wir gestern bereits erwähnt.

Amerikanisches Kulturbild.

(JSB.) Einer amerikanischen Gewerkschaftszeitung entnehmen wir nachstehende, kürzlich veröffentlichte Meldung: „Im Pottsville-Kohlenbecken konnte man vergangenen Sonntag ein seltsames Schauspiel verfolgen, indem Hunderte von Geistlichen Gebete für die Wiederbelebung der Anthrazitindustrie aussprachen. Protestanten wie Katholiken halfen dabei mit, während die jüdischen Priester in ihren Synagogen entsprechende Gebete sprachen."

Den in den letzten Wochen in Amerika eingetretenen Kältewellen nach zu schließen, scheinen die Götter die Gebete ihrer Diener erhört zu haben.

Metallkartell! Die zu Mittwoch, den 28. Dezember 1927, nach dem Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, einberufene Versammlung gilt nur für die Funktionäre der Metalltransportarbeiter und den dem Metallkartell angeschlossenen Organisationen. Zutritt nur bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Funktionärkarte.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, bleibt am Dienstag, dem 27. Dezember, geschlossen. Für die Einlösung von Wechseln ist ein Schalter von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Porzellanindustrie und Handelsverträge

Erklärungen im Hutschenreuther-Konzern. — Wieder 4 Proz. Dividende.

Die deutsche Porzellanindustrie ist eine typische Exportindustrie. Führte sie schon vor dem Kriege, als ihr im Ausland keine einzige gleichwertige Konkurrenz entgegentreten konnte, etwa die Hälfte ihrer Jahresproduktion von 65 000 Tonnen aus, so war sie nach dem Kriege durch die auf 100 000 Tonnen gestiegene Jahresleistung und die gesunkene Inlandskaufkraft zwangsweise in verstärktem Maße auf den Export angewiesen.

Allerdings haben sich im Laufe des letzten Jahrzehnts die Ausfuhrverhältnisse erheblich verschlechtert, da im Ausland, besonders den Vereinigten Staaten, eigene leistungsfähige Industrien gegründet und durch hohe Zollmauern geschützt wurden. Um so bedeutungsvoller ist die Erklärung des Vorsitzenden auf der Generalversammlung der Porzellanfabrik Hutschenreuther A.-G., Hohenberg in Bayern, einer der größten deutschen Porzellankonzerne, der die Ausfuhr 1926 mit 40 000 Tonnen, den Inlandsabsatz dagegen nur mit 19 000 Tonnen beziffert. Beträgt danach die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit in der Porzellanindustrie nur knapp 60 Proz., so zeigt das Ausfuhrergebnis doch, daß die deutschen Werke sich entweder auf den verlorenen Märkten wieder festgesetzt oder sich neue Absatzgebiete erschlossen haben, denn die absoluten Ausfuhrziffern übertreffen die Vorkriegsexporte um mehr als 15 Proz. Trotzdem fühlt sich die Porzellanindustrie in den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen benachteiligt und weist besonders auf die Abkommen mit Italien, Spanien und der Schweiz hin, durch die ihre Ausfuhrmöglichkeiten beschnitten seien.

Geschäftsbericht und Jahresabschluß der Hutschenreuther-Gesellschaft lassen die rasche Erholung der Porzellanindustrie nach der Krise von 1925 erkennen. Die Betriebsgewinne haben sich von 0,4 auf 0,6 Millionen Mark erhöht und von dem auf 139 000 Mark gestiegenen Reingewinn wird nach den letzten dividendenlosen Jahren erstmalig wieder eine Dividende von 4 Proz. ausgezahlt.

Theater der Woche.

Vom 25. Dezember bis 2. Januar.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz: 25., 26., 27. Peer Gynt, 28., 29., 30. Hinkemann, 31., 1., 2. Mann ist Mann. — **Oper am Platz der Republik:** 25. Macht des Schicksals, 26. Der Rosenkavalier, 27. u. 30. Luisa Miller, 28. Carmen, 29. Boris Godunow, 31. Fledermaus, 1. Tannhäuser, 2. Der Kuß. — **Städtische Oper Charlottenburg:** 25. u. 28. Lucrezia, 26. Jenny spielt auf, 27. Ein Mackendal, 29. Die Nachtigall, Der Feuervogel, 30. Meistersinger, 31. Die lustigen Weiber von Windsor, 1. Aida, 2. Tiefland. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 25., 26. u. 28. Der Kaufmann von Venedig, 27. u. 30. Opernabend: Fra Diavolo, 29. Die Journalisten, 31., 1. u. 2. Dinsles von Zildeks. — **Schiller-Theater:** 25., 26., 28. u. 2. Weh' dem, der lügt, 27. u. 29. Robert Guiskard, Kassel, 29. u. 1. Peer Gynt, 31. Charleys Tante. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Schieber des Ruhms. — **Thalia-Theater:** 25., 26. Der rote Hahn, ab 27. Das Kamel geht durch das Nadelöhr. — **Deutsches Theater:** Dorothea Angermann. — **Kammerspiele:** Broun-Sprech. — **Die Komödie:** Die Ehe von Welt. — **Theater am Kollendorfplatz:** Rasputin. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Schloß Betterstein. — **Komödienhaus:** Hokuspokus. — **Großes Schauspielhaus:** Madame Pompadour. — **Theater des Westens:** Münchhausen. — **Komische Oper:** Alles Nacht! — **Deutsches Künstlertheater:** Evelyne. — **Lustspielhaus:** Unter Geschäftsaufsicht. — **Lessing-Theater:** Schinderhannes. — **Theater am Kurfürstendamm:** 25.—31. Bei uns um die Gedächtniskirche rum, 25.—30. Gastspiel des Blauen Vogels. — **Trianon-Theater:** Revue-Revue. — **Residenz-Theater:** Schön seh'n wir aus. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Susie Carneval. — **Metropol-Theater:** Die schöne Helene. — **Berliner Theater:** Der Herr von . . . — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. — **Kleines Theater:** Eine Kleine ohne Bedeutung. — **Renaissance-Theater:** Caesar-Bube. — **Walhalla-Theater:** Wie du küßt keine! 22.30 Uhr Nachtprogr.: Die Nacht der Frauen. — **Rose-Theater:** Orpheus in der Unterwelt, 26. 22.45 Uhr: Die spanische Fliege. — **Casino-Theater:** Klein-Kirchersdorf. — **Theater in der Klosterstraße:** 25., 26., 29., 30. u. 1. Der fröhliche Weinberg, 27., 28. Der Raub der Sabinerinnen, 31. Teil. Wilhelm II., Gessler usw. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Die Geisha. — **Theater im Admiralspalast:** Bum und Bo. — **Wintergarten:** Varieté. — **Scala:** International Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Elite-Sänger.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne. Theater am Bülowplatz: 1. Kabale und Liebe. — **Städtische Oper Charlottenburg:** 28. u. 31. Die Puppenfee, Der Nußknacker. — **Schiller-Theater:** 25. u. 26. Peer Gynt. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 1. George Dandin. — **Thalia-Theater:** 25., 26. Maria und Joseph Plant, 1. Der mutige Seefahrer. — **Theater am Kurfürstendamm:** 25. Bang im Glück. — **Residenz-Theater:** 25., 26. Schön seh'n wir aus. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 25., 26., 1. Liebesmarzipanmilch. — **Berliner Theater:** 25., 26. Müllers. — **Die Tribüne:** 26. 11½ Uhr Matinee: Stachelschweine unter sich. — **Kleines Theater:** 25., 26. Gretchen. — **Renaissance-Theater:** 25., 26., 1. Die Schule von Upnach. — **Walhalla-Theater:** 25. Knecht Ruprecht, 26. Schneewittchen, 27. Frau Holle oder Goldmarie und Pechmarie. — **Rose-Theater:** 26., 31., 1. Goldhärchens Himmelfahrt. — **Theater in der Klosterstraße:** 25., 26. Hänsel und Gretel, 27., 28., 31. Rotkäppchen, 1. Schneewittchen. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 25., 26. In der Johannisnacht, 27., 31., 1. Das tapfere Schneiderlein. — **Theater im Admiralspalast:** 25., 26., 1. Bum und Bo, 26. Aschenbrödel. — **Scala:** 25., 26., 1. International Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 25., 26., 1. Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** 25., 26., 1. Elite-Sänger.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ephraim; Feuilleton: R. H. Fischer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

WELT-KINO 25.—29. Dezember
Uraufführung:
Das vierte Gebot
ferner: Kaufhaus Pleite
mit Reginald Denny

Neueröffnet!
Schreiters Pelzwarenhaus
Konfektion fein Pelzwaren! Empfehle für das Weihnachtsfest Pelzwaren-Garnituren in eleganter, preiswerter u. fachmännisch. Ausführung. Großes Lager in sämtlichen Besatzfellen und Fellen aller Art. — Gewähre Parteigenossen u. Reichsbannerkameraden beim Einkauf 10 Prozent.
Gottfried Schreiter, Kürschner, Berlin C 25, Landsberger Str. 84, 3 Minuten vom Alexanderplatz.

Küchen
noch zum alten Preis
[illegible] 43 M. 75 M.
[illegible] 85 M. 115 M.
[illegible] 105 M. 155 M.
[illegible] 135 M. 185 M.
[illegible] 43 M. 55 M.
Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Es sind neu erschienen:
Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender für 1928
Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie und Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet
Mark 2.–
Kinderland 1928
Ein proletarisches Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieses Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland" kostet
Mark 1.50
Beide Neuerscheinungen sind zu haben in allen Abgabestellen des „Vorwärts" und Parteibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijoup atz 12, Hof part.
nahe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon Alexander 4117

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin N., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Vitamine — Sonnen-Energie enthält
Karl Baschin's
Medizinal-Lebertran
seit Jahrzehnten als bester Lebertran bekannt.
Durch nichts zu ersetzen bei rachitischen und skrofulösen Kindern, bei Unterernährten und Lungenkranken.
Haupt-Niederlage:
Löwen-Apotheke, Berlin C., Jerusalemer Straße 30.
Jetzt beste Zeit.

PRIMA GÄNSEFEDERN
Ich empfehle:
Daunige Gänsefedern zum Selbstreißen M. 1.80-3.
Kleine Kupffedern, füllfertig ..... M. 4.50-5.
Weiche Halbdaunen, wunderbar füllend M. 5.50-6.
Elite 3/4-Daunen ..... M. 6.50-7.
Gerissene Federn, gut füllend, M. 3.50, 4.00, 4.50, 5.
Schneeweiße, daunige ..... M. 6.50-7.
Wunderbare Daunen ..... M. 9.00-1
Vor Kauf verlangen Sie Gratismuster unter Angabe ob ge- oder ungerissene. Versand per Nachnahme. Nichtgefallendes nehme auf meine Kosten zurück.
Ernst Weinberg, Neu-Trebbin F.
Erste Oderbrucher Bettfedern-Dampfwäscherei und Reinigungsanstalt.

Sie staunen
über die billigen Preise meiner
Armband- u. Taschenuhren
Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen
Herm. Wiese, Berlin N, Artilleriestr. 30
Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr
Sonntag von 2—6 Uhr geöffnet